

# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis bis 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenfeld 14 Rp., bis 70 mm breite mm-Zeile im Textfeld 1,10 RM. Nach dem 1. April d. Anzeigenpreisliste Nr. 3. Preisgebühr für Druckfarben 30 Rp., außerh. Porto. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einbl. Trägerlohn monatlich 1,00 RM. Postbezugspreis monatlich 2,00 RM. einbl. 45 Rp. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandabonnements: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rp., außerh. Groß-Dresden 15 Rp.

Postadresse: Dresden-N. 1. Dörfel - Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981-27983. Telegramm: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Dittorfstr. 4a; Fernruf: Kurkür 9361-9366  
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 69 / 45. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Freitag, 22. März 1935

## Frankreichs und Italiens Proteste abgelehnt

Eden und Cuvich fahren nach Paris - Flandin wiederholt die Kriegsschuldfrage - Kundgebungen für den Führer

### Die Botschafter bei Neurath

Ueberreichung der französischen und italienischen Note - Eindeutige Antwort des Reichsaußenministers

× Berlin, 21. März

Der französische Botschafter Francois-Poncet hat heute vormittag den Reichsaußenminister des Reiches, Freiherrn v. Neurath, aufgesucht, um ihm eine Note zu überreichen, in der gegen das Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 protestiert wird. Der Reichsaußenminister hat die Note entgegengenommen und dem Botschafter darauf hingewiesen, daß die von der französischen Regierung angegebene Begründung für ihren Protest der tatsächlichen Lage nicht Rechnung trägt und dementsprechend deshalb abgelehnt werden müßte.

Auch Botschafter Cerruti suchte gegen Mittag den Reichsaußenminister des Reiches, Freiherrn v. Neurath, auf, um ihm eine Note zu überreichen, in der die italienische Regierung gegen die einseitige Abänderung des Versailler Vertrages durch das Reichsgesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935 Einspruch erhebt. Der Reichsaußenminister hat nach Entgegennahme der Note dem Botschafter darauf hingewiesen, daß die dem Schritt gebundene Begründung abgelehnt werden müßte, da der Versailler Vertrag durch die Nichterhaltung des Abrüstungs- und des Nichtverwehrens der anderen unterzeichneten Mächte nicht eingeschränkt worden sei.

### Die Behauptungen Frankreichs

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

× Berlin, 21. März

Der Text der französischen Protestnote, die am Donnerstagvormittag durch den französischen Botschafter überreicht worden ist, wird vorläufiglich noch im Laufe des Abends veröffentlicht werden. Grundsätzlich hat die Reichsregierung ihre Einstellung zu diesem Dokument in bereits bekannter Weise, indem Herr v. Neurath die Berechtigung des Protestes abgelehnt hat. Wir kennen die französische Haltung zu dem deutschen Wehrgesetz in den großen Tagen aus den Darlegungen der französischen Blätter der letzten Tage und schließlich auch aus der Rede Flandin vor dem Senat. Die Gründe, auf die man in Paris den Protest gegen das deutsche Gesetz stützen zu können, dürften sich in folgende zwei Punkte zusammenfassen lassen:

Das ist, so meint erstens die Pariser Regierung, wohl am 11. Januar 1932 die Gleichberechtigung anerkannt worden; sie sollte praktisch aber in einem System der allgemeinen Sicherheit verwirklicht werden. Da nach französischer Auffassung dieses System der Sicherheit noch nicht geschaffen werden konnte, hätte auch Deutschland nicht aus eigenem Entschluß die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen dürfen.

Zum zweiten will man in der Verflüchtigung des Gesetzes vom 16. März einen Widerspruch zu den Grundgesetzen des Londoner Kommunales vom 1. Februar erkennen, denen wie bekanntlich angehängt haben.

Aus der Proklamation, mit der die Reichsregierung ihre historische Entscheidung begleitete, sind bereits klar hervorgegangen, daß wir solchen Auffassungen nicht zustimmen können. Hier sei nur auf eines hingewiesen: das „System einer allgemeinen Sicherheit“ ist ja gerade deshalb nicht zustande gekommen, weil die an den Verhandlungen beteiligten Mächte, vor allem Frankreich, sich nicht bereit gefunden hätten, die praktischen Folgen aus der Annahme der Gleichberechtigung vom Dezember 1932 zu ziehen und die deutsche Gleichberechtigung auch tatsächlich zu verwirklichen.

Der Ton der französischen Note wird sicherlich der Haltung entsprechen, die Ministerpräsident Flandin in seiner Senatsrede eingenommen hat.

Diese Haltung war schärf und — was noch bedauerlicher erscheint — völlig einseitig. Herr Flandin scheint sich ja sogar nicht die Kriegsschuldfrage zu wiederholen. Es lohnt sich nicht, im einzelnen auf das einzugehen, was der französische Ministerpräsident A. B. über die Entwidlung der Beziehungen über Abrüstung und Sicherheit gesagt hat. Nur der Vollständigkeit halber sei noch einmal darauf hingewiesen, daß eine Vereinbarung zwischen den Hauptmächten im Sommer 1934 sich allein an dem schroffen Nein Flandin's gerichtet. Man hat den Eindruck, daß die französische Protestnote mit dieser schroffen Unzugänglichkeit mit der historisch gewordenen Note Barthous vom 17. April große Ähnlichkeit zeigt, im Geiste wie in der Methode des Vorgehens.

### Sowjetrußland will noch stärker rüsten

× Moskau, 21. März

Die „Pravda“ vom 20. März befaßt sich in einem Artikel mit der internationalen politischen Lage und hebt die Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung der sowjetrussischen Wehrmacht hervor. Dieser Artikel, hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Obwohl bis jetzt amtliche Mitteilungen über die weitere Aufschüpfung der Roten Armee fehlen, ist man hier der Meinung, daß die Sowjets besonders die Luftflotte weiter ausbauen werden.

Außerdem wird aus Moskau berichtet, daß in Sowjetrußland 40 Marineeinheiten errichtet werden sollen, in denen Kinder bereits vom 8. Lebensjahre an militärische Ausbildung erhalten. Kommunale Jugendorganisationen haben einen Aufruf an die sowjetrussische Jugend gerichtet, um den Gedanken einer starken See- und Luftmacht zu propagieren.

### 3 1/2 Milliarden Franken für die französische Luftfahrt

× Paris, 21. März

Bei der Sitzung des Luftfahrtministeriums der Kammer am Mittwoch hat Luftfahrtminister General Denain angekündigt, daß er unverzüglich einen Gesetzesvorschlag einbringen werde, der es ihm erlaube, die für das kommende Jahr vorgesehene Kredite für die Militärinflatrie in Höhe von einer Milliarde Franken sofort zum Ausbau der französischen Luftflotte einzusetzen. Außerdem sollen diese Kredite um eine halbe Milliarde erhöht werden, so daß der Luftfahrtminister zusammen mit den für 1935 bereitgestellten Krediten in Höhe von zwei Milliarden Franken über 3 1/2 Milliarden Franken verfügen würde.

### Im Geiste von Versailles

Die „große Affäre“ der Regierung Flandin

Der nervöse Hochbetrieb, der in Paris mit Bekanntwerden der deutschen Erklärung über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht einsetzte, hat gestern nun endlich zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Sonderschick groß sind die Ueberrassungen allerdings nicht, die dabei herausgekommen sind. Der Beschluß hat der französische Ministerrat gefaßt, nachdem Kaval keine Rede über die neue Lage gehalten hatte:

1. Der Wortlaut der Protestnote an die Reichsregierung wurde genehmigt.

2. Die Verhandlungen, die mit England und Italien über eine gemeinsame Erklärung („Konkulation“) gepflogen wurden, erhielten die Billigung. Danach sollen vor der Reise Sir John Simons nach Berlin Vertreter der Regierungen Englands und Italiens Besprechungen mit der französischen Regierung in Paris abhalten. Eine zweite Zusammenkunft soll nach der Rückkehr der englischen Minister aus Berlin, Warschau und Moskau stattfinden.

3. Es wurde beschlossen, den Völkerbundsrat mit den deutschen Maßnahmen zu belassen.

4. Der Ministerpräsident ermächtigte den Außenminister Kaval, die Einladung der Sowjetregierung, sich demnächst nach Moskau zu begeben, anzunehmen.

Diese Beschlüsse liegen durchaus im Rahmen dessen, was schon nach den bisherigen Erörterungen zu erwarten war. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß man nun in Paris so im, als sei bereits ein ganz besonderer „Erfolg“ erreicht worden. Deutschland hat durchaus seinen Anteil, sich über die Pariser Maßnahmen zu benehmen. Die Antwort auf die Protestnote hat Frankreich — ebenso wie Italien — heute durch den Reichsaußenminister gleich bei der Ueberreichung bekommen. Sie war eindeutig: Ablehnung. Auch die Aussprache zwischen Kaval, Eden und Cuvich vermag die Tatsachen nicht zu ändern. Es bleibt also — abgesehen von der längst schließenden Annahme der Mosauer Einladung durch Kaval — noch die Trostung mit dem Völkerbund. Wer aber glaubt daran, daß dieser Schritt in Genf ein profitables Ergebnis haben könnte?

Es ist eigentlich nur natürlich, daß Frankreich jetzt wieder einmal versucht, die Genfer Institution für seine Zwecke einzuspannen. Frankreich hat ja den sogenannten Völkerbund vom ersten Tage an als sein eigenes Werkzeug betrachtet. Der Völkerbund hat den Pariser Regierungen immer hilflos zur Seite gestanden, wenn sie irgendein Ziel mit größerem Gewicht, als es Frankreich selbst zu geben vermochte, verfolgen wollten. Und nun hofft man eben in Paris darauf, daß Genf aus diesem Willkürigen sein werde.

Zu seinem Antrag an den Völkerbund beantragt Paris, daß Deutschland „einseitig“ vertragliche Verpflichtungen verletze habe, während von der vorhergehenden Vertragsverletzung durch die angetretenen Staaten selbstverständlich keine Rede ist. Im übrigen beruft sich Paris, wie das in solchen Fällen üblich ist, auf den Artikel 11 der Völkerbundsatzung, der jedem Völkerbundmitglied das Recht gibt, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit des Bundes auf jeden Umstand zu lenken, der den Frieden oder das gute Einverständnis zwischen den Nationen zu stören geeignet ist. Pariser Blätter sprechen heute davon, daß man von diesem Artikel im Laufe der Genfer Unterhaltungen auch un schwer zum Artikel 16 kommen könne, der „Sanktionen“ vorseht. Aber man gibt zugleich auch an, daß ein praktisches Ergebnis in dieser Hinsicht vollkommen unwahrscheinlich sei, und man treibt sich dann damit, daß eine „moralische Verurteilung“ Deutschlands“ durch die im Völkerbund vertretenen Staaten schließlich auch einen tatsächlichen Erfolg darstellen würde. Wir wollen den Franzosen Hoffnungen dieser Art gönnen. Was wir über den Völkerbund denken, das ist schon mehr als einmal mit gänzlich unumkehrbarer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Deutschland hat den Völkerbund verlassen, weil er in den entscheidenden Punkten — nämlich in der Herbeiführung der Abrüstung und der Bewirkung der Gleichberechtigung Deutschlands — vollkommen verfehlt hat. Niemand hat ein geringeres Recht darauf, ein gültiges Urteil über Deutschlands

Sprachen zu fällen, als diese merkwürdige Genfer Einrichtung. Im übrigen bleibt es abzuwarten, ob der Völkerbund es wirklich wagen wird, den französischen Wünschen, mögen sie auch noch so bescheiden gehalten sein, nachzugeben. Das man anderwärts richtig erkennt, daß der französische Schritt in Genf alles andere als eine Förderung des europäischen Verhandlungswortes bedeutet, das geht heute schon klar aus den englischen Freischritten hervor.

Paris hat gestern aber auch noch ein „andres Erlebnis“ gehabt. Ministerpräsident Flandin hat vor dem Senat in einer großen Rede die Haltung der französischen Regierung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland gekennzeichnet. Die Pariser Presse ist mit dieser Rede außerordentlich zufrieden. Sie lobt Flandin vielfach in einem Maße, wie er es bisher noch nicht gekannt hat. Auch wir in Deutschland tun uns daran, diese Rede aufmerksam zu lesen. Denn sie bildet den schlagenden Beweis dafür, daß der Geist von Versailles, um dessen Ausrottung nicht nur der Kampf Deutschlands, sondern der Kampf der ganzen Welt geht, in Frankreich immer noch genau so lebendig ist wie 1918 und 1919.

Es ist auch sehr, im Jahre 1935, noch möglich, daß ein französischer Ministerpräsident sich hinsetzt und mit solcher Eitelkeit die Kriegsschuldfrage nachdrücklich unterbreitet. Nur der Unterschied besteht allerdings, daß niemand in der Welt mehr daran glaubt. Die objektive Geschichtsbildung hat die Frage von der Kriegsschuld Deutschlands in längst endgültig zu Grabe getragen. Aber gerade deshalb sind die Worte Flandin's so bemerkenswert. Und im gleichen Maße war jeder weitere Satz, den Flandin sprach, gehalten. Es war, als wenn man Clemenceau oder Poincaré in den Tagen sprechen hörte, in denen ihre Gewalt hemmungslos über Deutschland triumphierte konnte. Deshalb auch ist es unmöglich, daran zu denken, die Rede Flandin's im einzelnen zu widerlegen. Nur ein Satz sei noch herausgehoben, weil er mit geradezu erschütternder Klarheit zeigt, wie verlogen die Beweisführung ist, deren sich Frankreich jetzt bedient. Flandin behauptet, die in dem deutschen Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht angeführten 12 Korpsformationen und 30 Divisionen seien in Wirklichkeit schon bisher vorhanden gewesen. Er gibt also an, daß das deutsche Gesetz keine Ueberverletzung für Frankreich bedeute. Trotzdem aber schilt Frankreich jetzt Paris und möchte die ganze Welt gegen Deutschland in Bewegung setzen!

Dr. Goebbels hat kürzlich dargelegt, daß wir und alle anderen Länder in der ausenblicklichen Lage vor allem Klarheit und Logik brauchen. Klarheit und Logik sind es aber, die die Rede Flandin's vor dem französischen Senat vollkommen vermissen läßt. Flandin hat schließlich auch versichert, daß Frankreich „am den auf der Gerechtigkeit und auf der Ehre beruhenden Frieden bevorzugen“ sei. Er hat überhaupt sehr viel das Wort Gerechtigkeit gebraucht. Wer soll ihm aber heute noch glauben, daß er es damit ehrlich meine?

Klarheit und Logik! Es bleibt erfindlich, daß wenigstens außerhalb Frankreichs der Wille dazu da ist. Wie sehr untersteht sich beispielsweise eine Rede, die der frühere englische Staatskanzler Sir Robert Horne zur gleichen Zeit in London hielt, von den Reden des französischen Ministerpräsidenten! Horne sagte u. a.: „In den Fragen der Abrüstung und der Sicherheit haben sich bisher alle Beteiligten auf dem Boden der Unwirklichkeit bewegt. Ich bin weit davon entfernt, durch die Annahme, die Deutschland am Sonnabend gemacht hat, demütigt zu sein. Ganz im Gegenteil trene ich mich darüber, denn wir haben jetzt erst wieder den Boden unter den Füßen und können unsere Verträge, einen stabilen Frieden in Europa herbeizuführen, zu einem erfolgreichen Abschluß bringen.“ Nach meiner Ansicht ist die Lage heute hoffnungsvoller, als zu irgendeiner Zeit nach dem Krieg.“ Weit, alle Verantwortlichen, in deren Händen das Schicksal Europas liegt, in diesem Geiste, der mit dem Geiste von Versailles nichts mehr gemein hat, zu den Verhandlungen gehen, dann wird es wirklich möglich sein, praktische Arbeit für den Frieden zu leisten. Das es an Deutschlands positiver Mitarbeit nicht fehlen wird, kann heute nur noch bewußt höher Wille bekraften.

H. Zg.